

Protokoll der Stadtratsitzung Sulzbach-Rosenberg vom 19.03.2024

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.su-ro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Neuerlass der Verordnung der Stadt Sulzbach-Rosenberg über das Taubenfütterungsverbot (Tauben-Verordnung)

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat der Stadt Sulzbach-Rosenberg beschließt den Neuerlass der „Verordnung der Stadt Sulzbach-Rosenberg über das Taubenfütterungsverbot (Tauben-Verordnung)“ in der dem Protokoll als Anlage beigefügten Form.

Michael Schulz (FWU): Eine Frage: Wenn Personen, welche Vergehen, Tauben zu füttern, fotografisch festgehalten haben, kann das von Stadt verwendet werden um Ordnungsstrafen zu erteilen?

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Korrekterweise vollzieht das Rechtsamt das Taubenfütterungsverbot, aber Zeugen können auch berücksichtigt werden, Herr Mizler?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Im Rahmen der Ermittlungen sind verschiedene Beweismittel möglich: Aussagekräftige Zeugenaussagen werden auch verwendet, wenn die Person identifiziert werden kann: Normales Verfahren mit Anhörung, Bescheid, etc., gegen der gerichtlich vorgegangen werden kann.

Michael Schulz (FWU): An welches Amt könne man sich als Zeuge wenden?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): An das Rechtsamt.

Joachim Bender (SPD): § 3 der Taubenverordnung („ ... kann mir Geldbuße belegt werden ...“), ist das nicht ein stumpfes Schwert? Kann man kein Mindestbußgeld festlegen?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Es wird hier bereits auf §§ der Gemeindeverordnung verwiesen, wo die Bußgeldspanne festgelegt ist. Man möchte auch auf Information der Öffentlichkeit setzen und das Bewusstsein dafür schaffen, dass man den Tauben mit einer Fütterung nichts Gutes tut.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): In Bezug auf das Papier von Umweltschutzbeauftragtem Peter Zahn: Nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, bislang haben Maßnahmen rel. wenig gebracht, Man solle sich besser Gedanken dazu machen, wie es anders gemacht werden könnte. Man solle die Taubenverordnung nur als Grundlage nehmen.

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Die Taubenverordnung ist im momentan das einzige Mittel, aber stumpfes Schwert. Ein Maßnahmenpaket ist sinnvoll (Verbindung mit Aufklärung + Öffentlichkeitsaufklärung).

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Taubenverordnung sollte heute beschlossen werden. Nach Rücksprache mit betroffenen Bürgern / Immobilienbesitzern stellen die tauben ein Problem dar, welche anderen Maßnahmen soll es geben. Wir glauben, dass es sich herumspricht wenn es auch sanktioniert wird, und so zu Änderungen führt.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde mit einer Gegenstimme (DIE LINKE) zugestimmt

TOP Ö 2: Kommunale Verkehrsüberwachung; Abschluss Zweckvereinbarung

Beschlussvorschlag (in gekürzter Darstellung): Der Stadtrat der Stadt Sulzbach-Rosenberg fasst nach Kenntnisnahme des Sachverhalts folgenden Beschluss:

I. Die Stadt überwacht bis auf Weiteres den ruhenden Verkehr in dem bisherigen Umfang mit eigenen Kräften weiter.

II. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg nimmt ab sofort die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes auf der Grundlage von § 88 Abs. 3 Ziffer 2 bis 4 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) auf, die Verstöße gegen die Vorschriften über die zulässige Geschwindigkeit von Fahrzeugen betreffen [...]

III. Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens zum Ende 2024 dem Stadtrat die Ergebnisse einer Evaluation hinsichtlich der erhofften Effekte als Grundlage für die Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen vorzulegen.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Gut, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs dem Zweckverband übergeben wird, auch gute Sache dass der ruhende Verkehr in der Innenstadt nicht zu eng überwacht wird. Aber die Bitte an Bevölkerung, die überschaubare Überwachung des ruhenden Verkehrs nicht auszunutzen und Gehsteige freizuhalten.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Anmerkung zu Ziffer 3: Spätestens Ende 2024 Evaluierung, das ist etwas früh um Effekte erkennen zu können, früher war von einem Jahr nach Beginn der Vereinbarung die Rede.

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Kein Problem, Zeitpunkt der Evakuierung weiter nach hinten zu verschieben, je nach Start der Überwachung, z. B. spätestens einen Monat vor Ende der Zweckvereinbarung.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU / JU): Als wir uns letztes Mal über dieses Thema unterhalten haben wurde das Zusammenspiel mit Polizei angesprochen: Wenn ein Teil der Überwachung auf den Zweckverband übertragen wird, gibt es dann den Weg zurück zur Überwachung durch die Polizei?

Joachim Bender (SPD): Aktuell ist die Parksituation Göthestraße Kaufland / Loderhof ein großes Problem, vor der Arztpraxis, die Gehsteige oft zugeparkt. Dortige Überwachung bisher Polizeiaufgabe, und künftig?

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Stand jetzt: Während Erprobungsphase überwachen städtische Kräfte nur in bestimmten Bereichen und definierten Zeiten nur geringfügige Ordnungswidrigkeiten, darüber hinaus überwacht die Polizei. Das heißt aber nicht, dass die Polizei nicht im städtischen Überwachungsbereich trotzdem überwachen darf, anders herum geht es aber nicht.

è Dem (um den Zeitpunkt der Bewertung geänderten) Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 3: Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans; 32. Änderung: Gewerbegebiet "Niederricht" - Behandlung der während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Äußerungen und Stellungnahmen - Billigung der Entwurfsplanung - Fassung des Auslegungsbeschlusses

è Dem Beschlussvorschlag wurde in allen Punkten einstimmig zugestimmt

TOP Ö 4: Änderung und Erweiterung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Gewerbegebiet "Niederricht" - Behandlung der während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Äußerungen und Stellungnahmen - Billigung der Entwurfsplanung - Fassung des Auslegungsbeschlusses

è Dem Beschlussvorschlag wurde in allen Punkten einstimmig zugestimmt

TOP Ö 7: Bekanntgaben

Stefan Frank (CSU / JU): Habe mich im Waldbad über der baulichen Fortschritt informiert. Nach Einschätzung der Beteiligten sei eine Eröffnung am 18.05. möglich, der ursprünglich angedachte Termin ist nicht einzuhalten, da wäre ein Betrieb nur mit unzumutbar großen Einschränkungen möglich.

Michael Schulz (FWU): Eine Öffnung Mitte April macht aus Energie-technischen Gründen keinen Sinn, auch in den nächsten Jahren wäre eine Eröffnung erst ab Mitte Mai sinnvoll.

Stefan Frank (CSU / JU): Das solle als eigener Punkt behandelt werden, wozu vorab der Energiebedarf ermittelt werden solle.

TOP Ö 7.1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 43. Sitzung des Stadtrates vom 27.02.2024

- Sanierung Waldbad; Vergabe der a) Schlosserarbeiten b) Außenanlagen
- Krötensee-Mittelschule; Vergabe des Auftrags für Splitterschutzfolie für bemängelte Glasflächen
- Beauftragung Baumumfeld-Verbesserung Erlheimer Weg/Eichenhain

TOP Ö 8: Anfragen

Dr. Armin Rüger (SPD): Durch Pflegemaßnahmen am Bahndamm Erzhausstr. bis Fa. Kalkbrenner sind seit mehreren Wochen die Gleise nicht gesichert, der dortige Zaun entfernt. Soll der Zaun wieder kommen? Zaunanlage Frommstr. / Südstraße ist in sehr schlechtem Zustand, Anfrage an DB für Korrekturen?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Sind seit vielen Jahren Kontakt mit der Bahn, diese fühlt sich nicht zuständig für den Zaun. Es gibt viele andere Stellen in Stadt die ungesichert sind, die Bahn macht das nicht.

Michael Schulz (FWU): Anfrage zu ehemaligem Müllergebäude: Oben Wohnungen, unten Gewerbe?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Ein Gewerbe im EG wäre auch Wunsch der Stadt, im Hinblick auf Anbindung zu den Oberpfalz-Arkaden. Fa. Müller hat jedoch kein Gewerbe als Mieter gefunden, es werden nun auch im EG Wohnungen.

Alexandra Ottmann (FWU): Am Schlackenbergr sollen die Öffnungszeiten für 2024 ausgeschrieben werden. Zur JuZ Hängematte: Die Leitung der Hängematte könne eingeladen werden um vorzustellen, was heuer an Aktionen angedacht ist.

Bettina Moser (SPD): 1) Am Bahnhof Su.-Ro. sind an beiden Gleisen Hublifte für behinderte Menschen als Einstieghilfe in die Züge. Von wem wurden diese Hublifte angebracht, wer kümmert sich darum, wer macht das bekannt? 2) Der Zaun an der Allee ist in sehr schlechtem Zustand, eine Absturzsicherung nicht mehr gegeben, Bitte um Prüfung. 3) Bücherschrank Loderhof / Rosenberg, dort gäbe es jemanden wenn Bauhof endlich Schränke aufstellen würde.

Hans-Jürgen Strehl (Wirtschaftsförderung und Liegenschaften): 1) Hublifte sind Sache der DB

Stefan Frank (CSU / JU): 1) Müsse betrachtet werden iii) Müsse sich Sachlage erst ansehen

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Rückmeldung von Bürgern zu kommunaler Wärmeplanung, wie intensiv ist der Rücklauf, müsse angeschoben werden? Mehr Rückmeldungen bedeutet eine bessere Lösungssuche.

Petra Schöllhorn (Baureferat): Grundsätzlich positiver Rücklauf, v. a. aus Gegenden mit hohem Handlungsbedarf (ältere Häuser, ältere Heizungen). Größere Hausverwaltungen brauchen mehr Zeit um Infos gebündelt zu übergeben. Die Fragebögen sind jedoch nicht entscheidend für die kommunale Wärmeplanung, wenn auch gebäudeschärfer. Alle ca. 7.000 Haushalte anzuschreiben wäre ein sehr großer Aufwand. Sobald sich Bereiche heraus kristallisieren wo Nahwärmenetze sinnvoll wären, könne man dort gezielt an Bürger herantreten um Lösungen zu entwickeln.

Christian Weiß (FDP / FWS): Man solle diese Sache nochmals bewerben, auch auf Social Media Kanälen der Stadt.

Evi Rauch (CSU / JU): Zum Schlackenberg mit der Regierung der Oberpfalz telefoniert, Termine für Öffnungszeiten sind frühestens in 3 - 4 Wochen bekannt. Bitte, die Julisitzung nicht in der Annabergfestwoche, sondern eine Woche vorher abzuhalten.

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Zur Absicherung der Gleise in Rosenberg, wer ist schuld wenn was passiert, wenn der Zaun fehlt?

Hildegard Geismann (SPD): Im Stadtteil Rosenberg viele Altautohändler. Darunter 2 - 3 Werkstätten auf Nachbarschaftshilfe, sei das zulässig? Kann man dem nachgehen?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Wenn Grundstücke benannt werden, könne man das prüfen.

Michael Schulz (FWU): Eine Bitte an Verwaltung: Mehrere Anfragen persönlich beantwortet bekommen, Antworten welche nicht gleich beantwortet werden können sollen an alle Stadtratsmitglieder geschickt werden.

Stefan Frank (CSU / JU): Dies soll in der Verwaltung geprüft werden, evtl. technisches Problem.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Einladung Festzug Frühlingsfest: Ist 18:00 Uhr korrekt?

Stefan Frank (CSU / JU): Ist korrekt

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Öffentliche Übertragung von Stadtratssitzungen sei beschlossen, bis wann kann man damit rechnen?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Technische Voraussetzungen im Haus sind abgeschlossen, es sei aber ein Problem aufgetreten: An Glasfaseranschluss ist kein Licht angekommen, der Fehler im Außenbereich wurde behoben, warten noch auf geeignetes Modem.

Sven Mörk (CSU / JU): War auf Suche nach Infos auf städt. Homepage, Bereich Ärzte: Dortige Infos weit älter als 4 - 5 Jahre, bereits verstorbene Kollegen erwähnt, tätige Kollegen nicht erwähnt.

TOP Ö 9: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat - Keine

TOP Ö 10: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Stadtratssitzungen immer am 4. Dienstag im Monat, nur in absolut dringlichen Fällen verschieben, aber nicht an Schulferien orientieren.

Gez. Christian Koch, 19.03.2024